



...May, Theresa May!

KARIKATUR: TOMICEK

LEITARTIKEL

Das lange Warten auf den Facharzt

VON UDO LINDNER



- Das Terminservice- und Versorgungsgesetz nimmt die letzte Hürde
- Kassenpatienten sollen schnelleren Zugang zu Facharztterminen erhalten
- Mittelfristig soll sich die Gesundheitsversorgung auf dem Land verbessern

Die Suche nach einem Facharzt in Sachsen ähnelt häufig einem Geduldsspiel. Erst vor zwei Wochen wurde eine aktuelle Studie veröffentlicht, deren Ergebnisse erschrecken: Am präkärsten ist die Situation bei Augenärzten. Jede zweite Praxis nimmt keine neuen Patienten auf. Bei Neurologen sind es 40 Prozent, bei Hautärzten 24 Prozent. Und selbst bei Hausärzten, egal ob auf dem Land oder in der Stadt, finden neue Patienten mitunter keine Aufnahme mehr.

Das hier nach Wegen und Instrumenten gesucht wird, diesen Missstand zu beheben, ist überfällig. Groß ist die Hoffnung der Patienten, dass das dann in der Praxis auch funktioniert. Leider ist Skepsis angebracht. Nehmen wir das Beispiel der Praxisstunden. Kassenärzte müssen künftig 25 statt 20 Stunden in der Woche für gesetzlich Versicherte da sein – in der Praxis oder bei Hausbesuchen. Auch zusätzliche offene Sprechstunden ohne feste Termine soll es bei einigen Fachdisziplinen geben. Das unterstellt, dass Haus- oder Fachärzte – sagen wir es mal vornehm – nicht gerade ausgelastet sind. Und es nährt die Hoffnung, dass in mehr Praxiszeit mehr Patienten versorgt werden könnten. Doch ist das realistisch? Eher nein.

Während der Spitzenverband der gesetzlichen Krankenversicherungen behauptet, dass jeder vierte Vertragsarzt weniger als 25 Stunden Sprechzeit pro Woche anbietet, reagiert die Kassenärztliche Bundesvereinigung empört und bemüht Zahlen des Zentralinstituts für die Kassenärztliche Versorgung. Demnach öffnet nur eine von zehn Einzelpraxen weniger als 25 Stunden in der Woche. Und glaubt man dem Präsidenten der Sächsischen Landesärztekammer, Erik Bodendieck, dann bringen zusätzliche Termine gerade für ostdeutsche niedergelassene Ärzte gar nichts, das diese bereits am Limit arbeiten würden, fragt man sich, wie bitte sollen da zusätzliche Sprechzeiten entstehen?

Die Kritik aus der Ärzteschaft an

dem Terminservice- und Versorgungsgesetz ist laut und deutlich. Das war zu erwarten, verstehen viele Ärzte – und noch mehr deren Verbände – die Regelungen doch als einen nicht hinzunehmenden Eingriff in ihre Selbstverwaltung und die Praxisorganisation. Allerdings muss die Frage erlaubt sein, wie gut die Selbstverwaltung denn funktioniert, wenn die Probleme mit extremen Wartezeiten, Ärztemangel auf dem Land und dadurch übervollen Notaufnahmen in den Krankenhäusern gefühlt immer größer statt kleiner werden?

So löblich der jetzige Steuerungsversuch ist, er löst das grundsätzlichere Problem nicht: Das liegt im zunehmenden Ärztemangel.

Wie so oft bei gesundheitspolitischen Themen und anstehenden Veränderungen, tobt ein Streit zwischen den Interessenverbänden. Allein schon die Vehemenz des Gegeninanders mehr beim Bürger die Zweifel, ob überhaupt im Gesundheitssektor große Reformen umsetzbar sind. Notwendig sind sie ohne Ende. Denn so löblich der jetzige Steuerungsversuch der Fachpolitiker ist – er löst das grundsätzlichere Problem nicht: Das liegt – und mittlerweile nicht mehr nur im Osten – in dem verbreiteten Ärztemangel. Dagegen haben Politik wie Selbstverwaltung bisher trotz zahlreicher Versuche kein wirksames Rezept gefunden.

udo.lindner@freiepresse.de

DAS THEMA: FRIDAYS FOR FUTURE

Schülerprotest an 1650 Orten

Seit Wochen demonstrieren junge Leute für eine andere Umweltpolitik. Jetzt schließen sich andere Generationen an. Und Politiker wollen, dass die Initiatorin der Bewegung geehrt wird.

BERLIN – Mit weltweit mehr als 1650 Klimakundgebungen in über 100 Staaten soll die Bewegung „Fridays for Future“ am Freitag einen bisherigen Höhepunkt erreichen. In Deutschland sind knapp 200 Proteste nach dem Vorbild der schwedischen Schülerin Greta Thunberg geplant. Das geht aus einer Liste des Netzwerks „Fridays for Future“ hervor. Auch in Chemnitz, Dresden und Leipzig wird demonstriert.

Die Organisatoren wollen am Freitag so umfassende internationale Schulstreiks fürs Klima auf die Beine stellen wie noch nie zuvor. Deshalb haben sie einen „Global Strike for Future“ ausgerufen. Thunberg hatte im August 2018 damit begonnen, vor dem Parlamentsgebäude der schwedischen Hauptstadt Stockholm für eine beherrschtere Klimapolitik ihres Landes zu demonstrieren. Sie und ihr Schulstreik sind seitdem weltbekannt geworden, in zahlreichen Ländern der Erde demonstrieren Schüler und Studierende nach ihrem Vorbild immer freitags für mehr Klimaschutz.

Mittlerweile bekommt die ursprünglich von jungen Leuten initiierte Bewegung auch Zustimmung aus anderen Generationen. Rund 20.000 Wissenschaftler aus Deutschland, Österreich und der Schweiz haben eine Stellungnahme unterzeichnet, in der die Forscher die Klimabewegung unterstützen. Am Freitag soll eine Liste der Unterstützenden an die Umweltschützer übergeben werden. Auch Eltern stellen sich mit „Parents for Future“ an



2018 begann Greta Thunberg mit ihren Sitzstreiks vor dem Reichstag in der schwedischen Hauptstadt Stockholm. Sie wurde zur Initiatorin einer internationalen Schülerbewegung.

FOTO: MICHAEL CAMPANELLA/GETTY IMAGES/ARCHIV

die Seite der Jugendlichen. Sie bitten unter anderem darum, auf disziplinarische Maßnahmen zu verzichten, wenn Schüler für die Proteste den Unterricht schwänzen.

Thunberg selbst sieht die Bewegung noch lange nicht am Ende. „Warum in aller Welt sollten wir jetzt damit aufhören? Wir haben noch nicht mal angefangen“, sagte die 16-jährige Schwedin der Deutschen Presse-Agentur. Während die CO₂-Emissionen immer noch anstiegen, gebe es nirgends Anzeichen für ein Umdenken hin zu mehr Klimabewusstsein. „Bei diesem Kampf

ist kein Ende in Sicht“, sagte Thunberg.

Ihr Engagement hat der jungen Schwedin sogar eine Nominierung für den Friedensnobelpreis eingebracht. Drei Abgeordnete der norwegischen Sozialistischen Linkspartei sprachen sich dafür aus, dass der 16-jährigen die renommierte Auszeichnung überreicht wird, wie die Zeitung „Verdens Gang“ berichtete. Dem schwedischen „Aftonbladet“ zufolge wurde sie auch von zwei Politikern aus Schweden nominiert. Thunberg erklärte, sie fühle sich geehrt und sei sehr dankbar.

Schon jetzt hat sich die Erde nach Befunden des Weltklimarats IPCC um etwa ein Grad gegenüber dem vorindustriellen Zeitalter erwärmt, in Deutschland sogar noch etwas stärker. Die Jahre 2015 bis 2018 waren nach Analysen der Weltwetterorganisation die vier wärmsten seit Beginn der Aufzeichnungen im 19. Jahrhundert. Geht es weiter wie bisher, ist Ende dieses Jahrhunderts die Welt wohl gut drei Grad wärmer. Um den Trend zu stoppen, muss der Ausstoß von Treibhausgasen etwa aus der Verbrennung von Kohle und Öl stark reduziert werden. |dpa/fp

Ist diese Bewegung sinnvoll?

PRO: Der Protest ist eine wichtige Selbstermächtigung der jungen Generation, findet Tim Hofmann: Wir Erwachsenen zeigen ihr schließlich nicht, wie man Zukunft gestaltet.



Wohlmeinende Politiker haben jetzt doch tatsächlich Greta Thunberg für den Friedensnobelpreis vorgeschlagen. Ein schönes Beispiel dafür, warum die aktuelle Erwachsenen-Generation die Gegenwart einfach nicht in den Griff bekommt: Wir suchen Heil etwas zu oft im schrillen Extrem und verzerren selbst gute Ideen dabei bis zur Unkenntlichkeit. Aber das dürfen die Kinder und Jugendlichen, die sich bei „Fridays for Future“ für eines der unstrittig drängendsten Probleme der Menschheit einsetzen, mittlerweile gewohnt sein: Von „Großen“, die sich Wurstscheiben aus Qualitätierhaltung einzeln in Plastik verschweißen lassen und Kerosin steuerfrei ausschütten, hagelte es gegen die aktuellen Klimaschutz-Aktionen des Nachwuchses eine Art von Kritik, deren weitgehend argumentfreie Bissigkeit schlicht gehässig ist:

Die Hinweise aus U-18-Mündern zu wissenschaftlichen Erkenntnissen wurden da jovial mit „Geht erst mal zur Schule, ihr Rotzlöffe!“ gekontert. Diskussionen gab es auch – darüber, was die Kinder alles falsch machen. Ausweichen und Abbürsten – ja, das haben wir drauf! Perfide dabei: Kinder können per se nur den Raum nutzen, den wir Erwachsenen ihnen selbst gute Ideen dabei bis zur Unkenntlichkeit. Aber das dürfen die Kinder und Jugendlichen, die sich bei „Fridays for Future“ für eines der unstrittig drängendsten Probleme der Menschheit einsetzen, mittlerweile gewohnt sein: Von „Großen“, die sich Wurstscheiben aus Qualitätierhaltung einzeln in Plastik verschweißen lassen und Kerosin steuerfrei ausschütten, hagelte es gegen die aktuellen Klimaschutz-Aktionen des Nachwuchses eine Art von Kritik, deren weitgehend argumentfreie Bissigkeit schlicht gehässig ist:

KONTRA: Es ist schön, dass junge Leute für besseres Klima demonstrieren. Ronny Schilder fragt sich aber, ob die Aktionsform dafür nicht ziemlich widersinnig ist.



Heute demonstrieren Schülerinnen und Schüler weltweit, vor allem aber im globalen Norden für eine bessere Klimapolitik. Mir fällt kein Argument ein, warum man nicht für eine bessere Klimapolitik demonstrieren sollte. Realitätsverweigerer, die den Klimawandel leugnen, und Verschwörungsfanatiker, die von einer „globalistischen“ Attacke faseln, mögen sich darüber grau ärgern. So sehe ich die Sache nicht.

Ich frage mich aber, warum diese junge Bewegung ausgerechnet zum „Schulstreik“ als Mittel der Wahl gegriffen hat. Warum die Aktivisten nicht ein anderes, sinnvollerer Zeichen setzten. Nur mal nachgedacht: Hat nicht zum Beispiel unser Konsum viel mehr mit dem Klimawandel zu tun als gerade die Schule, und liegt hier nicht Protestpotenzial? Klar, bei demonstrativem Konsumverzicht würden womöglich weder

die Regierung noch die Eliten, weder „die“ Wirtschaft noch „die“ Medien, weder Merkel noch Davos so Beifall klatschen, wie sie es gern für diese formlose, schwer auf konkrete Ziele festzulegende „Fridays for Future“-Bewegung tun. Macht die Zuneigung der Etablierten die Aktivisten nicht auch nachdenklich?

Die Schule ist doch ein Verbündeter im Kampf gegen das Klimaverderben, ihr Boykott eigentlich widersinnig. Schüler mit Haltung, die bewusst und leidenschaftlich lernen, sind eine kommende Macht.

Der Schulbesuch übrigens ist auch ein Privileg, für das 270 Millionen Heranwachsende auf dieser Welt alles geben würden, denn sie sind davon ausgeschlossen. Auf Unterricht zu verzichten, um „Zeichen zu setzen“, muss man sich eben erst einmal leisten können. Auch das ist eine Facette der „Fridays for Future“. Mir ist nicht ganz wohl dabei.

IMPRESSUM

Herausgeber: Medien Union GmbH Ludwigshafen
Verlag: Chemnitzer Verlag und Druck GmbH & Co. KG
 09111 Chemnitz, Brückenstraße 15
 oder 09002 Chemnitz, Postfach 261
Telefon: 0371 6560
Telefax Redaktion: 0371 656-17084
Telefax Anzeigen: 0371 656-17077
Internet: www.freiepresse.de
E-Mail: die.tageszeitung@freiepresse.de
Geschäftsführer: Ulrich Lingnau
Chefredakteur: Torsten Kleditzsch
 (verantwortlich für den redaktionellen Teil)
Stellvertretende Chefredakteur:
 Udo Lindner, Jana Klameth
Mitglied der Chefredaktion: Sascha Aurich
Anzeigenleitung:
 Gesamt: Tobias Schniggenfittig
 (verantwortlich für den Anzeigenteil)
 National: Alexander Arnold
Leiter Leserkontakt: Arne Stuck

Der Abonnementpreis der Freien Presse beträgt monatlich 31,10 € frei Haus und ist im Voraus zu bezahlen, bei Postbezug im Inland 39,90 €, jeweils einschließlich 7 % Mehrwertsteuer.

Abbestellungen können nur zum Quartalsende ausgesprochen werden und müssen sechs Wochen vorher schriftlich beim Verlag oder den Geschäftsstellen vorliegen. Die Zusteller sind nicht berechtigt, Abbestellungen anzunehmen.

Sämtliche Beiträge in der Freien Presse oder in Freie Presse Online unterliegen dem Schutz des Urheberrechts. Zweitverwertungsrechte an Freie Presse-Beiträgen (für Pressespiegel, Archive etc.) können erworben werden bei der PMG Presse-Monitor GmbH, Markgrafenstraße 62, 10969 Berlin, Telefon: 030 284930, E-Mail: info@presse-monitor.de, oder direkt beim Verlag.